

Deutsche Hoffnungen zur Kriegserklärung an Serbien.

Der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien folgt der „Lokalangelegenheit“. An der politischen wie diplomatischen Lage dürfte die offizielle Mitteilung der Donaumonarchie kaum etwas ändern. Die Bekanntgabe der Kriegserklärung ist aber geteilt, die unheimliche Entschlossenheit allen benachteiligten nun einmal deutlich vor Augen zu führen, die vielleicht noch immer von einem Zaubernden verblüfft hatten. Wir können auch sagen, wie die Kriegserklärung in den anderen Ländern aufgenommen werden wird. Sie wird allgemein, wird man nicht ohne Grund meinen, mit dem Ereignis des Wiener Besatzungsbesatzung des gesamten Ostbanats zu verbinden. Jeder blickt alle bisherigen gegenseitigen Versicherungen gegen eine solche Auslösung nicht verschlingen. Von den verantwortlichen Leitern der russischen Politik darf man aber heute noch erwarten, daß sie sich Bedingungen rein formalistischer Natur weniger zugänglich zuweisen werden, als ein gewisser Teil der deutschen Volkstriebe. Noch besteht die Hoffnung, daß Nikolaus der Zweite von den reichlichen Geldern der finnändischen Käse das erlösende Wort sprechen werde. — In der Tages- und Nachtschau heißt es: Man kann diesen weiteren Schritt Österreichs nur gut heißen und nur billigen, doch es muß über diplomatischen Verhandlungen sein Unternehmen wohl Marx und Nachbarschaft einfließen lassen. Dasbarrig haben nach in den Krieg, unsere Wünsche heißen Sie einer guten reinlichen Sache über einen Staat, der zu einer Expatriation des Verweidens gekommen ist. Die „Kriegserklärung“ ist aber, wie man mehr drückt, durch die Einmischung des gänzlich unbeteiligten Rufstahls die politische Fragestellung dahin abgewandert zu werden, als Österreich-Englands das Recht habe, nach eigenem Ermessen und nach Maßgabe seiner Selbstbestimmung eine von aller Welt als nicht anerkannte Meldung mit einem Nachbarn ins Recht zu bringen. Auf diese im Konfliktverhältnis steht zum Ausdruck kommende Frage hat die österreichisch-ungarische Regierung nunmehr die eine gemeinhin und die einzig würdige Antwort gefunden. — Am 2. August Generalstabchef v. d. Goltz, auf seinen Weisen für den Hauptbestandteil habe er wiederholt führen müssen: Im Weltstillsitzen nur nicht feierlich, Exzellenz. Der nächstliegende Wunsch von Serbien sei das Signal für den Beginn der Wiederübernahme des Reiches Stefan Duthings gewesen. Selbständiger Selbstüberzeugung liegt demgegenüber gar nicht fern. Das erklärt die Schärfe in Österreichs Vorgehen und rechtfertige sie. Wir Deutsche seien nämlich freudig genug gemeint und nun händen auch wir ganz unmittelbar vor der Möglichkeit eines großen und schwereren Krieges.

★

Mohammedaner in österreichisch-ungarischen Ser.

Zeit der Verhängnisvollen Bedeutung hat das in dem Sinnbild ähnlich stark geteilt. Das österreichisch-ungarische durch Mohammedanische Soldaten verwehrt worden, die meist in Bosnien dienen. An österreichischen Offizieren kürzlich wurde man sich über die weitgehende Mäßigkeit der Sereververwaltung gegenüber diesen fremdenartigen Elementen. Während die christlichen Mannschaften aus in ihnen vorgezogen werden müßten, wenn es der Dienst verlangt ist der Mohammedanische Soldat, wie „Dangers Anwesenheit“ stellt, an allen Feindlagen dienen, bekommt seine eigene zuberzeitige Kiste und wird nicht Offiziersdiener bei einem verheirateten Offizier, da er einer Frau nicht dienen würde. Einige Mohammedaner meinten sich sogar, daß Geringere als von 1913 zu tragen, da sie nicht, deren Kruz könnte ihnen Sicherheit Schaden zufügen. Von militärischen Standpunkt lassen sich derartige Ausnahmestellungen nicht rechtfertigen. Zur Stärkung der Disziplin tragen sie sicherlich nicht bei.

Vaterlandlose Gesellen.

Man hat oft daran gewandelt, ob das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit noch einer echten nationalen Begeisterung fähig ist. Das bedrohliche Wachstum der revolutionären und bürgerlichen Demokratie in Verbindung mit Weltreihungen ideal veranlagter Weltfriedensorganisanten, den Krieg gleichsam als ein Verbrechen zu brandmarken, macht weiterhin der Bestätigung Raum geben, daß die angeführten Rufe des deutschen Volkes zum Weltfriedenswerk im Größenmaß hinreichend ist und ein verhängnisvolles Sentimentalität, schließlich die Grundzüge unserer Volkswirtschaft und unserer Volkserziehung werden. Solche Veränderungen werden jetzt erschütternd, gründlich zerstört, als sich dunkle Wolken am europäischen Himmel zusammenbrauen und auch für Deutschland die Schicksalsstände gekommen zu sein scheinen. Da wurde die Volkseele von wahrer Vaterlandsliebe ergriffen und gab ihrer ungeheuren Begeisterung lauten Ausdruck — zum großen Verdruss der vaterlandlosen Gesellen, die diese Gelegenheit benutzten, um ihrerseits die gemeinsamen Anstöße zur Schau zu stellen. Es handelt sich dabei nicht um Arbeiter oder Angehörige anderer Berufsstände, die mit einem roten Stimmzettel ihre politische Meinung zu bekunden pflegen, sondern um die Führer der irreführenden Massen, die sich annehmen, namens „des klassenbewußten Proletariats Deutschlands“, im Namen der Menschlichkeit und Aufrichtigkeit Hamenden Weltfrieden einzulösen gegen das bröckliche Treiben der Kaiserbehörden, gegen die erbliche Propaganda der österreichisch-ungarischen Regierung“ um. Es ist wirklich sehr gekommen, daß es den sozialdemokratischen Parteivorstand erlaubt ist, in solcher nichtswürdigen Tonart über einen mit Deutschland eng befreundeten Staat herzufallen; es grenzt an Vaterlandsverrat, wenn sich derlei Parteivorstand erdreistet, die deutschen Arbeiter, in der sozialdemokratischen Phrase „klassenbewußtes Proletariat“ benennt, in Wort und Schrift gegen den Krieg anzuhetzen. Es ist unbegreiflich, daß aberauchte Waffenerklärungen mit der Tagesordnung: „Wieder mit dem Krieg!“ nicht ohne weiteres von den Organen der Staatsgewalt verboten werden. Auf welchen Versteckungsgründen man sich dabei füttert, ist angesichts der Gemeingefährlichkeit solcher Treibens schärflich eckig.

Man weiß ja, daß der sozialdemokratischen Parteivorstand veranlaßt, die „situelle Kriegserklärung“ ichtig zu machen. Durch einen Krieg werden die sozialdemokratischen Profiteurinteressen auf's schwerste bedroht; der Parteifalle sowie den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfälle neben im Kriegsfalle sehr beträchtliche Einnahmen verloren, und was nicht minder stark im Gemücht fällt, ein tieferlicher Feldzug in die Reihen der Militarpartei in außerordentlichem Maße. Ein ehrlicher Sozialdemokrat mit normalem Denkfähigkeiten kann sich unmöglich zu der Überzeugung bekennen, daß etwa eine internationale Differenzvermittlung, die man bei allen mäßigen Anlässen beschließen läßt, an die Stelle des Krieges treten könnte. Die sozialdemokratischen Parteiführer wissen aber sehr wohl, daß ein Krieg nationaler Begeisterung schafft, und daß die Teilnehmer an einem Feldzuge ihre nationale Ehre hochschätzen und sich niemals zu der sozialistischen, vaterlandsfeind-

lichen Schwimbeltheorie bekennen werden. Ueberdies ergibt sich schon aus dem internationalen System dieser Theorie, daß der Krieg als Verbrechen verdammt werden muß. Es ist aber begründete Hoffnung vorhanden, daß den größten Nutzen unserer Arbeiterbevölkerung, so weit sie für Hörsen noch nicht an die sozialdemokratische Parteiung gebunden haben und selbständigen Tätigkeiten folgen dürfen, an sich die vaterlandlosen Kriegslose die Augen geöffnet werden und der Gedankent auf dem vaterlandlosen Treiben der sozialdemokratischen Parteiführer gründlich verdorben wird.

Der sozialdemokratische Parteivorstand an den Parteitag.

Einige Wochen vor dem Parteitage pflegt der sozialdemokratische Parteivorstand den Genossen einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Partei im abgelaufenen Jahre zu geben. Um die treue Stoff der Zahlen über Mitgliederbezüge, Mitgliederbewegung und etwas schmählicher zu machen, wird dem Bericht gewöhnlich eine allgemeine politische und wirtschaftspolitische Betrachtung vorausgeschickt, bei der die Regierung und die bürgerlichen Parteien zurechtgerufen werden. Heuer hat man besonders viel aufgetragen, denn wenn nicht die „rote Woche“ 148 100 in den nächsten Tagen gebracht hätte — die bei der nächstfolgenden Gelegenheit wieder abspringen — dann könnte die Partei jetzt nicht mit einer Million organisierter Genossen prunken. Damit ist jedoch der Vorstand nicht recht zufrieden, denn kleintun gibt er zu, daß die Mitgliederzahl erheblich weniger als in den anderen Jahren, nämlich nur um 10,5 v. H. oder 103 055 Angehörige zugenommen hat. Wenn man diese Zahl mit der Ziffer zusammenstellt, die als Ergebnis der „roten Woche“ in die Welt hinausobolvent wird, dann ergibt sich die vom Parteivorstand verdächtige Tatsache, daß im letzten Jahre mindestens 45 000 Mann der Unfortspartei den Rücken gekehrt haben. Daran erklärt sich auch die beständige Sprache des Parteivorstandes im Vorbericht. Er schimpft über die Dumstämme aller Arten, über den Schatz der Jugend vor Unrichtigkeit, daß nicht anders als ein dreifaches Altkont auf die Kampf löst, und folgerichtig dem von widersprüchlichen Altkonten auf die wertvollsten Treiben der Arbeiter. Die Förderung nach einem vermehrten Schutz der Arbeitswilligen, die Zurückweisung des Ansturmes der Demokroten auf die Kommandogewalt des Staates und der Erfolg von Vorfahreungsverordnungen gegen das Streikverbot haben den grimmigen Zorn der Obergewossen erregt, einen Zorn, der in Wut ausartet über die brutale Unterdrückung der proletarischen Jugend und über die unerhörten Urteile, durch die überflurten Genossen auf eine Zeit der Mund geklopft wird. Diejenige Scheusal von einem Massenjauch wird dann als leuchtende Blendlaterne die wiederum glänzend bedäufte Festigkeit der Organisationen des klassenbewußten Proletariats gegenübergestellt. Um in den Genossen die Sehnsucht nach dem Zukunftsaufbau noch zu vergrößern, wird ihnen die höchste Kraft der roten Jahre recht eindringlich gebildet mit dem Hinweis auf die glänzenden Siege bei den Wahlen in Land-Bezirk und Borno-Regau. Zu beider Freuden wurden die Romäne von unserer Partei erobert, konstatiert der Bericht großspurig und geistigt nicht mit einer Silbe der tatkraftigen Mißbillie der freimütigen Gandelanger. Welch' sänderer Landtag!

Natürlich kann es sich der Parteivorstand nicht verhehlen, einige hässliche Flossen auch über den Streit bei Köln — die Berlin einmisset; doch er für die christlichen Gewerkschaften ein gewissermaßen Parteimitglied nicht recht angenehm sein. Vielleicht werden die Führer der christlichen Gewerkschaften dadurch veranlaßt, die Grenzlinien zwischen den christlichen und roten Organisationen für die Zukunft noch deutlicher zu markieren, als das im letzten Jahre geschah ist. Wenn bei dieser Gelegenheit den nationalen Arbeitern ein Fußtritt verleiht wird, so ist das recht ihre Ehre, denn es demot, daß sie auf den rechten Wege sind und die Herrsche der roten das ergebenlich führen. Sie würde der Parteivorstand gar zu gerne wieder ins rote Neh ziehen; er hat das freudig nicht, sagt vielmehr über das sifrige Vorgehen der Parteien, welche die Arbeiter noch fester an die Kette legen wollen. Das Bild ist ebenso unwohl wie die Behauptung; denn es kritisiert keine bürgerliche Partei in deutschen Landen, die nicht an der sozialen und wirtschaftlichen Hebung lebhaftes Interesse und regen Anteil genommen hat und noch nimmt, es gibt keinen deutschen Arbeiter, der mit einem ausländischen hinsichtlich Lohn und Behandlung tauschen möchte. Wenn eine Partei die Arbeiter an die Kette legt, dann ist es die Sozialdemokratie, die mit ihrem Terrorismus jeden Arbeiter zu zwingen naht, in die rote Gewerkschaft einzutreten, die dann dem organisierten Auswergewossen die lauer verheutenden Groden für ihre Parteilichkeit an der Parteiführer. Nicht organisieren will die Sozialdemokratie die Arbeiter, um ihnen dadurch den wirtschaftlichen Kampf zu erleichtern, sondern um sie zu zielbaren Sozialdemokraten zu erziehen, die tüchtig in die Parteifalle zu johlen. Den bedenkenden Arbeitern wird dieser Bericht des Parteivorstandes die Augen öffnen, den auf nationaler Grundlage organisierten Arbeitern ein vortreffliches Werbemittel sein.

Deutsches Reich.

Eiden unterer Begebung für den Kriegsfalle.
Es kann sehr Zweifel darüber bestehen, daß untere Begebung zahlreiche Fäden offen läßt, die im Gemüchte eine ungewisshafte Befragung bedeuten müssen. Es ist daher um so verdienstvoller, daß gerade jetzt in diesen kritischen Zeiten in der Zeit für „Recht und Gerechtigkeit“ von Dr. Blauschein auf diesen bedenklichen Umstand hingewiesen wird. Das Kriegsmittelsrecht ist zuerst noch ein rechtlicher Vorbehalt, dem die Begebung hängt nicht in allen Teilen volle Aufmerksamkeit bis zu Teil werden lassen. Hier ermahnen der Begebung Aufgaben, auf deren Größe und Bedeutung nur hingewiesen werden kann. Das zwar das Kriegsjahr 1870/71 eine ganze Reihe dabinziehender Gesetze und Verordnungen herbeigeführt, sind auch in den letzten Jahren mandierliche Fäden ausgefacht, so ist doch zum Beispiel Vornahme Deutschlands, seine Verorgung mit Brennstoffmater-

riellen in Kriegszeiten geteilt völlig unzureichend behandelt worden. Es genügt keine Zeit die Anlage eines finanziellen Krieges und der bezeichnenden Weltlage berufenen Sturm auf die Sparstellen wird aus von unterdrückter Seite geschrieben: Für die Einlagen der Sparstellen besamtlich: 1. das eigene Vermögen der Parteien (Kriegslagen), 2. das gesamte Vermögen der Bürger, die die Befragung übernommen hat (Gemeinde, Stadt, Kreis, Land), 3. die gesamte Steuerkraft der betr. Gemeinde des Kreises, des Landes usw., 4. die Förderung der Sparstellen selbst. Da die Aufgabe der Gelder der Sparstellen in der Hauptsache in vorzüglich ausgebildeten ehtlichen Ansparen und in Staatsbankrott angelegt, und 3. die Erhaltung der höchstens 10% Zinsen ihrer Wertes betriebe werden, so würden schon die durch Hypotheken, durch Wertpapiere und Schuldscheine von Gemeinden hingerstellten Ansprüche in Verbindung mit dem eigenen Vermögen der Klasse allein ausreichende Deckung für die Einlagen bieten, ohne daß die Gemeinde (Kreis usw.) in Anspruch genommen zu werden brauchen. Das Gesetz gilt für den Kriegsfalle. In den Jahren 1866, 1870/71 haben alle Sparstellen an sie gestellten Forderungen entsprochen. Niemand hat bei einer behördenlichen Sparstelle einen Penny verloren. Mit dem Tode der Mobilmachung würde das Reich für Erfüllung von Mitteln unter feiner Garantie hinreichend sorgen und genügend Vermitteln gegen Scharung zur Verfügung stellen. Dagegen ist in Kriegzeiten die Gefahr sehr groß, daß das von der Sparta abgehobene Geld dem Eigentümer zu Hause oder anderswo gemommen wird. Es ist deshalb ganz entschieden besser, nur den unbedingt nötigen Betrag abzugeben, das verpflichtende Reich aber zur Sparta zu bringen und dort aufzubewahren zu lassen. Unter Aufsicht der Sparta ist im Krieg das Privatvermögen unantastbar. Die Sparplatzgelber sind Privatvermögen, und die Sparstellen können nach der Grundfläche des Reiches nicht zu Zahlungen an das Reich, an den Bundesstaat oder gar an eine fremde Macht Anrecht zu machen. Die Annahme, daß die Erhaltung der Sparta im Krieg für den Kriegsausfall verbleibt und unter Umständen verloren gehen können, trifft deshalb nicht zu. Sollten durch den Krieg an den verpänderten Grundflächen die Sicherheit beeinträchtigende Veränderungen eintreten, so müßte das Reich vollständig den Krieg leisten. Die Ansicht, daß ein Soldat im Sturm bei Ausbruch eines Krieges lieber sei als eine Eintragung von 20 Mark im Sparbuch, ist nach alledem völlig falsch. Man beobachte den Sparstellen gegenüber in kritischen Zeiten eine Besondere und vertrauensvolle Haltung, ein Verlust wird auf keinen Fall erwachen.

3000 Mark Belohnung. — Falsche Reichsbanknoten.

Das Reichsbankdirektorium macht folgendes bekannt: Seit Kurzem sind Nachbildungen der Reichsbanknoten zu 5000 Mark in Bayern, Württemberg, und Baden zum Vorschein gekommen. Die Nachbildungen sind insbesondere darauf zu erkennen, daß auf ihnen die Fesseln nur mangelhaft durch Druck nachgemacht und kaum zu sehen sind, wenn man die Fälschung gegen das Licht hält, während in diesen Fällen bei den echten Notizen die Fesseln deutlich und in Farbe hervorragen. Zur Vermeidung jeder Fälschung aufmerksamer machen beschreiben nur denjenigen, der zuerst einen Verdächtig oder missünftigen Verbreiter dieser Nachbildungen bei einer Orts- oder Polizeibehörde oder bei einem Gericht berechtigt anzeigt, daß die Täter zur Untersuchung gezogen und bestraft werden können, eine Belohnung von dreitausend Mark, die mit der Aufklärung, unter Umständen noch 2000 Mark. Berlin, 25. Juli 1914. Reichsbankdirektorium.

Ergebnisse der Warenhäusersteuer.

Während die Warenhäusersteuer in den ersten Jahren ihrer Wirksamkeit hinsichtlich des Ertrages seines großen Schwankungen unterworfen war, weist sie seit 1902 stetig steigende Einnahmen auf: der Jahresbetrag ist im Königreich Preußen von 1913 270 Mill. im Jahre 1902 auf 4502 789 Mill. im Jahre 1913, also um etwa 120 Prozent gestiegen. Fast genau die Hälfte des Ertrages bringt allein der Stadtbezirk Berlin auf. Mit der Steigerung der Steuererträge hat die Veranschlagung der Warenhäuser Steuererträge nicht Schritt gehalten; bisweilen haben sogar mehr Warenhäuser den Betrieb als solche eingestellt wie neu veranlagt wurden; im Jahre 1913 betrafen in Preußen insgesamt 126 Warenhäuser gegen 109 in 1901 und 86 in 1902. Die Zahlen lassen erkennen, daß der Gesamtumsatz an Waren sehr beträchtlich gestiegen ist. Das trifft namentlich für die großen Städte zu, denn 51 Warenhäuser in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern brachten allein 70,3 v. H. der Gesamtsteuer auf. Bemerkenswert ist aber, daß auch in kleineren Städten bis zu 25 000 Einwohnern bereits 11 Warenhäuser bestanden. Ansonsten sind in den letzten Jahren von den kleineren Städten mit einem Warenhausbetrieb: Marienburg i. W., Clausthal, Einbeck, Sarenburg, Rudolstadt i. W., Metter u. a. Erfindungsfähig ist aber der Bestand in den kleineren Städten weniger gestiegen als in größeren. Keineswegs wird man, wie das früher oftmals geschieht ist, die Sonderbesserung der Warenhäuser als eine „Erdrosselungssteuer“ antreiben dürfen.

Ausland.

Hoffnungsvoller Zustand in Albanien.
Der „Agenzia Stefani“ wird aus Durazzo vom 28. d. M. 10 Uhr vormittags gemeldet: Gute vormittags begeben sich die Offiziere der holländischen Mission zum Fürsten, um ihm die Unmöglichkeit auseinanderzusetzen, ihren Auftrag zu erfüllen. Der Fürst befielt sich seine Entschuldig. — In Rom geht das Gerücht, daß die holländischen Offiziere ihre Entlassungsgehälter der Kontrollkommission überreichen würden. — Wlad Bevi ist zum Grafen in Rom ernannt worden.

Friedensanhäufen in Mexiko.

Nach einer von den venezianischen Vertreter Carbajals, Jose Castellon, eingegangenen Mitteilung haben Carranza und Carbajal den Grundlagen der Friedensabkommens zugestimmt.

